

UNIV. PROF. DR. HANNS F. HÜGEL †
UNIV. PROF. DR. SABINE KIRCHMAYR-SCHLIESSELBERGER
SC UNIV. PROF. DDR. GUNTER MAYR
UNIV. PROF. DR. FRIEDRICH RÜFFLER, LL.M.
UNIV. PROF. DR. ULRICH TORGGGLER, LL.M.

INSTITUT FÜR FINANZRECHT
INSTITUT FÜR UNTERNEHMENS- UND WIRTSCHAFTSRECHT
UNIVERSITÄT WIEN

Hügel-Seminar: Aktuelle Entwicklungen im Unternehmens- und Steuerrecht

Sommersemester 2025

Das Seminar findet zu den angegebenen Terminen jeweils am Mittwoch in der Zeit von 18.00 bis 20.00 Uhr im Hörsaal U11 (Untergeschoss), Juridicum, Universität Wien, Schottenbastei 10-16, 1010 Wien statt.

Die Teilnahme ist kostenlos, eine Anmeldung nicht erforderlich.

Änderungen des Seminarprogramms werden bekannt gemacht

- über den Newsletter „Wirtschaftsrechtliche Veranstaltungen“ (zur Anmeldung: <https://massmailer.univie.ac.at/site/rewi/untwir/subscribe/article/156.html>)
- <https://finanzrecht.univie.ac.at> und
- wirtschaftsprivatrecht.univie.ac.at.

07. Mai 2025 Umsatzsteuer: Organschaft im Brennpunkt

(Raum U11)

Die Mehrwertsteuersystemrichtlinie gewährt den Mitgliedstaaten die Option, eine Gruppenregelung in ihr nationales Umsatzsteuerrecht zu implementieren. Die Folgen einer Gruppe können sich gerade für Steuerpflichtige positive auswirken, deren Recht auf Vorsteuerabzug eingeschränkt ist. Der österreichische Gesetzgeber hat von der Option Gebrauch gemacht und eine Organschaftsregelung in § 2 Abs. 2 Z. 2 UStG eingeführt. Wenngleich sich der Wortlaut der nationalen Regelung sehr stark an den unionsrechtlichen Vorgaben orientiert, ist die Interpretation der Voraussetzungen für die Bildung einer Organschaft durch die Finanzverwaltung sehr restriktiv und wirft Fragen mit Blick auf die Unionsrechtskonformität der Regelung auf. Im Rahmen des Seminars werden die Voraussetzungen für

SCHOTTENBASTEI 10-16 • A-1010 WIEN

TEL: + 43 1 4277 35201 • FAX: +43 1 4277 35293 •

die Organschaftsbildung im Lichte der EuGH-Rechtsprechung diskutiert, die Frage der grenzüberschreitenden Wirkung von nationalen Gruppenregelungen besprochen und Hürden für die Praxis aufgezeigt.

Dazu: Pfeiffer, Wirtschaftliche Eingliederung bei umsatzsteuerlicher Organschaft – Anwendungsspielraum für EU-Mitgliedstaaten, SWK 2014, 536; Pfeiffer, VAT Grouping from a European Perspective (2015); Pfeiffer, (Fast) Alles wie gehabt - BFH zur umsatzsteuerlichen Organschaft nach Larentia+Minerva, ÖStZ 2016, 113; Kanduth-Kristen, USt-Organschaft: BFH-Entscheidung und weitere EuGH-Vorlage, Taxlex, 2023, 187; Geringer, Extraterritoriale Effekte der Mehrwertsteuergruppe, Taxles 2025, 23; Heber, Finanzielle Eingliederung: unionsrechtliche Vorgaben und nationale Einschränkung (Teil I und II), taxlex, im Druck. EuGH 16.7.2015, C-108/14 und C-109/14, Larentia + Minerva, ECLI:EU:C:2015:496; EuGH 15.4.2021, C-868/19, M-GmbH, ECLI:EU:C:2021:285; EuGH 1.12.2022, C-141/20, Norddeutsche Gesellschaft für Diakonie mbH, ECLI:EU:C:2022:943; EuGH 17.9.2014, C-7/13, Skandia, ECLI:EU:C:2014:2225; EuGH 11.3.2021, C-812/19, Danske Bank, ECLI:EU:C:2021:196.

Referenten:

Mag. Christian Bürgler
(Deloitte)

Univ. Prof. Dr Caroline Heber MTax(Sydney)
(Universität Wien)

Dr. Sebastian Pfeiffer
(BFG)

Diskussion mit:

StB Univ. Prof. Dr Sabine Kirchmayr
(Universität Wien)

14. Mai 2025

(Raum U11)

Stand und Zukunft der Investitionskontrolle

Die geopolitische Entwicklung hin zu einer multipolaren Weltordnung hat zu einer zunehmenden Instrumentalisierung von Investitionen durch geopolitische Rivalen zur Durchsetzung politischer Ziele geführt. Dies hat die Einführung investitionskontrollrechtlicher Screening-Instrumente in der EU beschleunigt, um nationale und unionsweite Interessen zu schützen. Mit der FDI-Screening-Verordnung hat die EU den Rahmen für nationale Kontrollmechanismen aufgegleist. Investitionen in strategische Vermögenswerte – darunter kritische Infrastrukturen, Rohstoffe und Schlüsseltechnologien – stehen verstärkt auf dem Prüfstand. Investitionskontrollverfahren sind zum „New Normal“ in der Transaktionswelt geworden. Eine neue FDI-Screening-Verordnung der EU steht bevor, die die Prüfmechanismen weiter verdichten wird. Auch das nationale Investitionskontrollgesetz (InvKG) wird in vielen Aspekten neu überdacht werden müssen. Gegenstand der Einheit werden u.a.

SCHOTTENBASTEI 10-16 • A-1010 WIEN

TEL: + 43 1 4277 35201 • FAX: +43 1 4277 35293 •

der gesetzliche Anwendungsbereich, Beurteilungsmaßstab und Erfahrungen aus der Praxis (inkl Fallstatistiken) bilden. Außerdem sollen mögliche Verbesserungen und Erwartungshaltungen gegenüber dem europäischen sowie dem nationalen Gesetzgeber diskutiert werden.

Dazu: *Adler*, Investitionskontrolle - europäische Entwicklungen und Diskussionspunkte, *ecolex* 2024, 123; *Adler/Chausse/Weiss/Zimmermann* (Hrsg), Handbuch Investitionskontrolle (2022); *Barbist/Kröll*, Survival Guide Austrian Investment-Control (2023); *Feldner/Frommelt/Neuhauser*, EuGH-Urteil Xella: Folgen für den Ablauf des österreichischen Investitionskontrollverfahrens, *RdW* 2023, 715; *Kiehl*, Unionsrechtliche Grenzen der Investitionskontrolle aus Anlass der Xella-Entscheidung, *ecolex* 2024, 120; *Rastegar/Jünger*, Die Genehmigungspflicht nach dem InvKG, *RdW* 2021, 839, 2022, 15; *Weiss*, Checkliste: Investitionskontrolle, *ecolex* 2024, 114; *Weiss/Fladerer*, Schwerpunkt Investitionskontrolle, *ecolex* 2020, 852.

Referenten: **Dr. Georg Adler, M.Sc.**
(Bundeskanzleramt, Rechtspolitischer Berater des Bundeskanzlers)

RA Mag. Volker Weiss, LL.M.
(Schönherr Rechtsanwälte, Partner)

Diskussion mit: **Univ. Prof. Dr. Ulrich Torggler, LL.M.**
(Universität Wien)

21. Mai 2025

(Raum U11)

Insolvenzverschleppungshaftung

Die Wirtschaftskrise bringt es mit sich, dass die Haftung für Insolvenzverschleppung wieder besonders aktuell ist. Das Verhältnis der Haftung nach § 25 Abs 3 Z 2 GmbHG oder § 84 Abs 3 Z 6 AktG zur Haftung gem § 69 Abs 1 IO iVm § 1311 ABGB ist ebenso zu bestimmen wie die regelmäßig schwierigen Fragen der Schadensberechnung und Beweislastverteilung zu lösen sind. Auch Fragen der Haftung sog. faktischer Geschäftsführer werden aktuell besonders diskutiert.

Dazu: OGH 26.9.2017, 6 Ob 164/16k, ÖBA 2018/2505 mit Anm *Dellinger*; 19.5.2021, 17 Ob 5/21s; *Trenker*, Umfang der (Innen-)Haftung bei Insolvenzverschleppung im deutsch-österreichischen Rechtsvergleich, *KTS* 2023, 495 ff; *ders*, Schaden der Insolvenzmasse bei Insolvenzverschleppung des Geschäftsführers nach 6 Ob 164/16k, in *Konecny* (Hrsg), *Insolvenzforum* 2018 (2019) 87 ff; *ders*, Schaden der Insolvenzmasse, bei Insolvenzverschleppung des Geschäftsführers –

SCHOTTENBASTEI 10-16 • A-1010 WIEN

TEL: + 43 1 4277 35201 • FAX: +43 1 4277 35293 •

zugleich eine Anmerkung zu OGH 6 Ob 164/16k, JBl 2018, 354 ff; 434 ff; *Lobnik*, Die Haftung faktischer GmbH-Geschäftsführer, ÖBA 2025, 97 ff.

Referenten: **Univ.-Prof. MMag. Dr. Martin Trenker**
(Universität Innsbruck)

Diskussion mit: **Univ.-Prof. Dr. Dr. Friedrich Rüffler**
(Universität Wien)

28. Mai 2025 **Neuerungen bei der Besteuerung von Immobilien**
(Raum U11)

Das aktuelle Regierungsprogramm sieht im Bereich der Besteuerung von Immobilien Neuerungen vor: So sollen Widmungsgewinne noch im Jahr 2025 im Rahmen der Immo-ESt steuerlich effektiver erfasst werden (Widmungsabgabe). Die Regelung soll für alle natürlichen und juristischen Personen gelten.

Im Bereich der Grunderwerbsteuer soll bereits ab 1.7.2025 ein Lückenschluss erfolgen, um große Immobilientransaktionen (Share Deals) steuerlich effektiver zu erfassen.

Die zum Seminar vorliegenden aktuellen Gesetzesentwürfe werden von den Legisten im BMF präsentiert und sodann diskutiert.

Referenten: **AL Mag Matthias Ofner**
(BMF, Abteilungsleiter Immobilien- & Kraftfahrzeugbesteuerung, Gebühren und Bewertung)

Mag. Sebastian Gensluckner
(BMF, Abteilung Einkommen-/Körperschaftsteuer)

Diskussion mit: **HR Dr. Andrei Bodis**
(VwGH)

Univ. Prof. DDr. Gunter Mayr,
(BMF/Universität Wien)

04. Juni 2025 **Gesellschaftsvertragliche Schiedsgerichtsbarkeit nach OGH 18 OCg 3/22y und die neuen VIAC-Regeln für gesellschaftsrechtliche Streitigkeiten (Anh 7 Wiener Regeln)**
(Raum U11)

Die Beilegung von gesellschaftsrechtlichen Beschlussmängelstreitigkeiten im Wege von Schiedsverfahren war in den letzten Jahren aus verschiedenen Gründen ein "Dauerbrenner" im akademischen Diskurs und in der Schiedscommunity. Zuletzt hat der OGH in einer seltenen Entscheidung über die erfolgreiche Anfechtung eines Schiedsspruchs (OGH 18 OCg 3/22y) in Anlehnung an die BGH-Judikatur "Schiedsfähigkeit II bis IV" erhöhte Inhaltsanforderungen an die Formulierung von Schiedsklauseln in Gesellschaftsverträgen vorgesehen, um die objektive

Schiedsfähigkeit von Beschlussmängelstreitigkeiten herzustellen. In Reaktion auf diese neue Judikatur des OGH hat die VIAC die Wiener Regeln in der Fassung ab 01.01.2025 um ergänzende Regeln für gesellschaftsrechtliche Streitigkeiten ergänzt.

VIAC Wiener Regeln 2021, idF 1.1.2025, [hier](#) abrufbar.

Dazu: *Czernich*, Schiedsklauseln bei österreichischen Kapitalgesellschaften, *SchiedsVZ* 2014, 86; *Garber*, Rechtsunsicherheiten im Kontext personengesellschaftsrechtlicher Beschlussmängelstreitigkeiten im Schiedsverfahren, *Zak* 2023, 188; *Kalss*, Beschlussmängel in Personengesellschaften vor Gerichten und Schiedsgerichten, *GesRZ* 2023, 141; *Killias/F. Schäfer/Wedl* in *H. Torggler/Schäfer/Wong/Mohs/Wedl* (Hrsg), *Schiedsgerichtsbarkeit*³ (2024) Rz 1138 f; *Koller*, Zur (mangelnden) objektiven Schiedsfähigkeit von Beschlussmängelstreitigkeiten bei Personengesellschaften, *ecolex* 2024, 588; *Koller* in *Liebscher/Oberhammer/Rechberger* (Hrsg), *Schiedsverfahrensrecht I* (2011) Rz 3/90 f; *Kraus*, Keine objektive Schiedsfähigkeit von Beschlussmängelstreitigkeiten!? *Zak* 2024, 227; *Trenker*, Schiedsfähigkeit von Beschlussmängelstreitigkeiten nach 18 OCg 3/22y, *NZ* 2024, 286; *Wedl*, Neues zur Schiedsfähigkeit von gesellschaftsrechtlichen Beschlussmängelstreitigkeiten, *RdW* 2024, 457; *Wünscher*, Gesellschaftsvertragliche Schieds- und Mediationsklauseln im Lichte der jüngsten Rechtsprechung des OGH, *GES* 2024, 284; *Zeiler*, Zur Schiedsfähigkeit von gesellschaftsrechtlichen Beschlussmängelstreitigkeiten, *RdW* 2023, 392.

Referenten: **Univ. Prof. Dr. Christian Koller**
(Universität Wien)

RA Lukas Wedl, LL.M. (WU)
(Torggler Rechtsanwälte)

Diskussion mit: **Univ. Prof. Dr. Ulrich Torggler, LL.M.**
(Universität Wien)

11. Juni 2025 Update Einlagenrückgewähr: Steuerrecht - Gesellschaftsrecht

(Raum U11)

Das Verbot der Einlagenrückgewähr ist im Gesellschaftsrecht ebenso wie die Verdeckte Ausschüttung im Steuerrecht ein Dauerbrenner. Zum Seminartermin sollen wieder die neuesten Entscheidungen präsentiert, besprochen und diskutiert werden und auch Gemeinsamkeiten und Unterschiede herausgearbeitet werden. Gesellschaftsrechtlich besonders interessant war die Anerkennung der Solidarhaftung einer Konzernmuttergesellschaft für verbotene Leistungen an eine Konzerngesellschaft (OGH 6.11.2024, 6 Ob 98/24s), wobei zu diskutieren ist, ob sie verallgemeinert werden kann. OGH 21.2.2024, 6 Ob 42/23d; 26.4.2024, 6 Ob 136/23b; 22.5.2024, 13 Os/23w; 27.8.2024, 6 Ob 142/23k; in steuerrechtlicher Hinsicht gehen wir zB auf sozietäre Haftungsübernahmen (VwGH 28.8.2024, R02023/15/0030-5) ein.

SCHOTTENBASTEI 10-16 • A-1010 WIEN

TEL: + 43 1 4277 35201 • FAX: +43 1 4277 35293 •

Referenten: **StB Univ. Prof. Dr. Sabine Kirchmayr**
(Universität Wien)

Univ.-Prof. Dr. Dr. Friedrich Rüffler
(Universität Wien)

18. Juni 2025 Globale Steuerreform – update Pillar Two

(Raum U11)

Im Rahmen des OECD/G20 Inclusive Framework on BEPS wurde im Jahre 2019 eine „Zweisäulenstrategie“ (Pillar One & Pillar Two) präsentiert, wobei Pillar Two eine globale Mindestbesteuerung anstrebt. Pillar Two entwickelte sodann eine enorme Umsetzungsdynamik; so wurde auf Europäischer Ebene die Richtlinie zur Gewährleistung einer globalen Mindestbesteuerung im Dezember 2022 angenommen wurde. Die nationale Umsetzung erfolgte in Österreich Ende 2023 durch das Mindestbesteuerungsgesetz (MinBestG).

Zwischenzeitlich hat das OECD/G20 Inclusive Framework weitere Verwaltungsleitlinien zu den GloBE-Vorschriften veröffentlicht. Auf EU-Ebene wurde die DAC9-Richtlinie beschlossen, die den automatischen Austausch der Mindeststeuerberichte zwischen den Mitgliedstaaten regelt sowie ein Standardformular für die Mindeststeuerberichte festlegt. Außerdem sind neue Praxisfragen aufgetreten und auch die Haltung der USA zur globalen Steuerreform hat sich geändert.

Dazu: *Schilcher/Mayr/Riedler/Schlager/Zechner* (Hrsg), Praxiskommentar Mindestbesteuerungsgesetz, LexisNexis 2024; *Kofler/Lang/Rust/Schuch/Spies/Staringer* (Hrsg), Mindestbesteuerungsgesetz – Kommentar, Linde Verlag 2024

Referenten: **Simon Hofstätter MA LL.M**
(BMF/GBP)

Priv.-Doz. Dr. Christoph Marchgraber
(KPMG)

Dr. Michael Schilcher
(BMF)

Diskussion mit: **Univ. Prof. DDr. Gunter Mayr**
(BMF/Universität Wien)